

Bündnis gegen Sozialkahlschlag

Einladung zu einem gemeinsamen Treffen am 21.1.2004

Rostock, den 10.01.2004

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der Demonstration gegen Sozialkahlschlag am 1.11.2003 in Berlin, an der sich 100 000 Menschen beteiligten, ist eine Welle von Protesten und Streiks bundesweit in Gang gekommen. Vielerorts regt sich Widerstand gegen Sozialkahlschlag und Lohnraub.

Auch die Rostockerinnen und Rostocker sind betroffen von Stellenabbau und Arbeitslosigkeit. Auch hier schließen Jugendclubs die Türen für immer oder städtische Wahrzeichen werden privatisiert. Egal ob die 10,- Euro Eintrittsgebühr beim Arzt oder die steigenden Gebühren für die Sportvereine... Immer mehr Geld wird uns aus der Tasche gezogen.

Da ist es doch an der Zeit, dass wir uns dagegen zur Wehr setzen und Widerstand organisieren.

Wer sich nicht wehrt – lebt verkehrt!

Das Bündnis gegen Sozialkahlschlag – Rostock lädt zu einem gemeinsamen Treffen ein, um über Protestaktionen in Rostock (und auch bundesweit) zu diskutieren. Wir schlagen eine Demonstration gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit in Rostock vor. Dies kann ein gemeinsamer Auftakt für einen dauerhaften Protest in unserer Stadt werden.

Erscheint zahlreich und beteiligt euch an der Diskussion! Nur gemeinsam sind wir stark!

Treffen am 21.1.2004

„Gemeinsam gegen Sozialkahlschlag!“

um 19 Uhr in der Volkssolidarität in der Lagerstr. 18, 18055 Rostock

Infos auch per mail unter gegen-sozialkahlschlag-rostock@web.de.

Das Bündnis gegen Sozialkahlschlag hat sich im Zuge der bundesweiten Mobilisierung zur Demonstration am 1.11.2003 gegründet. Der nachfolgende Demoaufruf ist unser politischer Grundkonsens.

„Der Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme hat in Deutschland verschiedene Namen: Agenda 2010, Hartz, Rürup und Gesundheitsreform«. Damit betreibt die Schröder/Fischer-Regierung die größten Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse und Rechte seit dem 2. Weltkrieg. Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes macht sie Hunderttausende von Erwerbslosen zu Sozialhilfebezieher/innen. Gleichzeitig plant sie die Absenkung der Sozialhilfe. Das Hartz-Konzept bedeutet Übergang zur Zwangsarbeit, bereitet Lohnsenkungen den Weg und höhlt Tarifverträge aus. Für Zahnersatz und Krankengeld müssen wir in Zukunft selbst aufkommen. Durch das Eintrittsgeld beim Arzt und höhere Zuzahlungen für Medikamente werden wir weiter abkassiert. Wir sollen 20 Mrd. Euro mehr zahlen. Die Renten sollen so abgesenkt werden, dass die meisten Rentner/innen in Zukunft nicht mehr haben als Sozialhilfe und die Altersarmut steigt.

Uns wird eingeredet, es sei kein Geld da. Dabei hat sich die Produktivität in den letzten zehn Jahren verdoppelt und der gesellschaftliche Reichtum ist enorm gewachsen! Den Unternehmerverbänden und der Regierung geht es nur darum, den Banken und Konzernen auf unsere Kosten höhere Gewinne zuzuschreiben. Sie sind es, die für Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen und Krisen verantwortlich sind. Die Senkung der Gewinnsteuern ab 2001 spülte bisher 30 Mrd. Euro in die Kassen der Unternehmen. Der Verzicht auf die Vermögenssteuer belässt den Reichen jährlich 16 Mrd. Euro mehr auf ihren Konten. Die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes wird mit Kürzungen bei Erwerbslosen in Höhe von 6 Mrd. Euro finanziert. Der geplante Kauf von 60 Militär-Airbussen kostet 8,3 Mrd. Euro – aber der Rentenzuschuss von 2 Mrd. Euro soll gestrichen werden.

Der internationale Standortwettbewerb der großen Konzerne und Regierungen führt auch in anderen Ländern zu »Strukturanpassungen«, Senkung von Unternehmersteuern, Kürzung von sozialen Leistungen, Löhnen und Gehältern. In Frankreich und Österreich hat diese Politik große Proteste und Streiks ausgelöst. Auch wir dürfen diese dreisten Angriffe nicht länger hinnehmen. Ob Arbeiter/innen, Angestellte, Beamte, Erwerbslose, Frauen, Flüchtlinge, Jugendliche oder Rentner/innen – wir dürfen uns nicht spalten lassen und müssen unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen. Wir lehnen alle Angriffe auf den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung ab, ob unter dem Namen, Agenda 2010, Rürup, Hartz und Gesundheitsreform. Wir fordern umfassende Heranziehung der Unternehmensgewinne und hohen Vermögen zur Finanzierung menschenwürdiger Lebensverhältnisse!“